

Energetische Gebäudesanierung Stand, Perspektiven, Förderung



JOACHIM HERRMANN, MdL

Vor einem Jahr haben wir im Ministerrat das bayerische Energiekonzept „Energie innovativ“ beschlossen. Dabei gab nicht zuletzt die Katastrophe in Fukushima den Anstoß dafür, den eingeleiteten Umstieg auf eine Energieversorgung, die überwiegend auf erneuerbaren Energien basiert, schneller als zuvor geplant zu bewältigen. Der Umstieg kann allerdings nur gelingen, wenn wir unser größtes Potenzial nutzen – die Energieeinsparung. Mit rund 38 Prozent wenden wir im Gebäudebereich nach wie vor die meiste Energie auf. Hier müssen und hier können wir auch die größten Beiträge zur Energieeinsparung leisten.

STAATLICHE GEBÄUDE

Energieeffizienz ist nicht erst seit einem Jahr ein Thema für uns. Der Freistaat Bayern geht bei seinem eigenen Gebäudebestand schon länger mit gutem Beispiel voran und setzt

Maßstäbe. Bei fast 30.000 staatlichen und staatlich betreuten Gebäuden fällt dieses Engagement nicht nur qualitativ, sondern durchaus auch quantitativ ins Gewicht. Zusätzliche 150 Millionen Euro wandte der Freistaat von 2008 bis 2011 in einem Sonderprogramm zur energetischen Ertüchtigung seiner Gebäude auf – neben den laufenden Haushaltsmitteln für Neubau und Umbau in Milliardenhöhe, die ohnehin auch nach energetischen Gesichtspunkten eingesetzt werden. Auf meinen Vorschlag hin wird das erfolgreiche Sonderprogramm fortgeführt; so stehen in diesem Jahr weitere 20 Millionen Euro für die energetische Sanierung staatlicher Gebäude zur Verfügung.

Der Freistaat Bayern wird seiner Vorbildfunktion auch hinsichtlich des Energiestandards gerecht. Im Juli 2011 hat der Ministerrat beschlossen, dass alle neuen Verwaltungsgebäude des Freistaats künftig auf Grundlage des Passivhausstandards ausgeführt werden, sowie in einer Pilotphase darüber hinaus auch einzelne ausgewählte Sonderbauten. Für alle anderen staatlichen Baumaßnahmen werden die Anforderungen der Energieeinsparverordnung 2009 an die Gebäudehülle um 30 Prozent angehoben. Damit wollen wir dem ehrgeizigen Ziel, bis 2050 einen nahezu CO₂-neutralen Gebäudestandard zu erreichen, einen bedeutenden Schritt näherkommen.

ARBEITSKREIS

Bereits 2004 haben wir den interdisziplinären Arbeitskreis „Energieeffizientes Bauen“ an der Obersten Baubehörde eingerichtet mit Vertretern aus verschiedenen Ministerien, den sieben Bezirksregierungen, der Architektenkammer, der Ingenieurkammer-Bau,

den kommunalen Spitzenverbänden, dem Verband der bayerischen Wohnungsunternehmen sowie den bayerischen Energieagenturen. Dieses Netzwerk dient als Informations- und Wissensplattform, leitet aber auch konkrete Aktionen ein und setzt sie um. Auf rege Nachfrage stoßen die übersichtlichen gelben Informationsschriften des Arbeitskreises für Hauseigentümer zu unterschiedlichen Aspekten energetischer Modernisierungen.

WOHNUNGSBESTAND

Rund drei Viertel des deutschen Wohnungsbestandes wurden vor 1969 errichtet; die meisten dieser Wohnungen und Häuser wurden bisher nicht umfassend energetisch saniert und modernisiert. Hier ist also ein enormes Potential vorhanden. Und dieses Potential sollte genutzt werden. Zur Förderung der Energieeinsparung und CO₂-Reduktion bei Gebäuden bestehen umfassende und erfolgreiche Programme der KfW, die in Bayern für den Mietwohnungsbau in das Bayerische Modernisierungsprogramm der BayernLabo eingespeist werden. Für das CO₂-Gebäudesanierungsprogramm stehen bis 2014 jährlich 1,5 Milliarden Euro bereit. Mit dem Bayerischen Modernisierungsprogramm verbilligen wir die zinsgünstigen Kredite der KfW für die Sanierung von Miet- und Genossenschaftswohnungen noch einmal um bis zu 1,25 Prozent. So beträgt z. B. bei einer Gebäudemodernisierung auf den Standard „KfW-Effizienzhaus 115“ der Zinssatz derzeit nur 0,25 Prozent.

Im Rahmen des Modellvorhabens „e%-Energieeffizienter Wohnungsbau“ unterstützt die Oberste Baubehörde darüber hinaus aktuell zehn Modellprojekte, bei denen die energetische Optimierung von >> Seite 2



**Bitte vormerken: Bayerischer Wirtschaftstag
am 24. Juli 2012, Konzert- und Kongresshalle Bamberg**

>> Wohngebäuden und der Einsatz erneuerbarer Energien im Kostenlimit der Wohnraumförderung umgesetzt wird.

Um die energetische Modernisierung des Gebäudebestandes voranzutreiben, ist aus meiner Sicht ein weiteres Instrument ganz wichtig: Für Selbstnutzer und Vermieter müssen zusätzliche steuerliche Anreize für die energetische Modernisierung der Wohnungen geschaffen werden. Ich denke hier insbesondere an Steuerermäßigungen und die Möglichkeit, Modernisierungsaufwendungen verbessert abzusetzen.

Ein entsprechender Gesetzentwurf der Bundesregierung wurde allerdings im letzten Jahr im Bundesrat gegen die Stimmen Bayerns abgelehnt. Leider konnte im Vermittlungsausschuss bisher noch keine Einigung erzielt werden. Angesichts des erheblichen Potentials, das die energetische Gebäudesanierung bietet, halte ich eine steuerliche Förderung aber für unabdingbar, damit wir unsere Ziele beim Aufbruch in ein neues Energiezeitalter erreichen können. Ich kann daher nur hoffen, dass es noch zu einer Einigung kommt.

ENERGIEEINSPARUNGSRECHT

Es steht für mich außer Frage, dass der Weg über steuerliche Anreize und finanzielle Unterstützung weitaus erfolgversprechender ist, als wenn wir die Hauseigentümer mit rechtlichen Vorgaben zu – möglicherweise – unrentablen Modernisierungen zwingen. Bayern wird bei der anstehenden Novellierung der Energieeinsparverordnung („EnEV 2012“) sehr genau auf Wirtschaftlichkeit, technische Umsetzbarkeit und auf einen Vollzug ohne bürokratischen Aufwand achten. Der Bund wird darlegen müssen, dass die energetischen Anforderungen – auch für den Mietwohnungsbau – dem Wirtschaftlichkeitsgebot des Energieeinsparungsgesetzes ohne jede Einschränkung entsprechen.

INVESTITIONSPAKT UND KONJUNKTURPAKET

Auf einem anderen Gebiet haben Bund und Länder dagegen schon einiges erreicht. So haben wir in den Jahren 2008 und 2009 zusammen mit den Kommunen einen Investitionspakt zur energetischen Modernisierung der Infrastruktur in den Kommunen aufgelegt. 146 bayerische Maßnahmen konnten aus diesen Mitteln gefördert werden.

Diese Investitionen waren die Blaupause für das Konjunkturpaket II. Seit 2009 wurden mit Förderungen von Bund und Freistaat etwa 1.500 bayerische Kindergärten, Schulen und Verwaltungsgebäude energetisch modernisiert.

Allein durch diese Modernisierungen werden künftig jedes Jahr über 320 Millionen Kilowattstunden weniger Energie verbraucht. Das entspricht etwa der Heizenergie, die in 1.100 Tanklastern Öl enthalten ist. Dieser erfolgreiche Weg muss weiter beschritten werden. Aus diesem Grund setze ich mich auch für eine Neuauflage des Investitionspakts ab 2013 ein.

ENERGIEEFFIZIENZ IN DER STÄDTEBAUFÖRDERUNG

Ein wesentlicher Baustein zur Umsetzung des Energiekonzepts ist auch die energetische Stadterneuerung. Sie trägt zur Stärkung der Stadtzentren und Ortsmitten im ländlichen Raum bei. Gerade für Städte und Gemeinden, die stark durch den demographischen und wirtschaftsstrukturellen Wandel geprägt sind, ist die energetische Stadterneuerung für die Standortqualität von nachhaltiger Bedeutung. Die Belange der Ökologie, darunter auch Energieeffizienz und Klimaschutz, sind als übergreifende Handlungsfelder in den Städtebauförderungsrichtlinien dargestellt. Weil sie nicht

auf die Gebäudesanierung beschränkt ist, kann die Städtebauförderung insbesondere wegen ihres umfassenden Quartiersbezugs bereits im Rahmen der Vorbereitung der Sanierung die Weichenstellung zu mehr Energieeffizienz und Klimaschutz stellen. Die Anpassung des Baubestands bleibt dabei eine der großen Zukunftsaufgaben. Hohe Anstoßwirkungen können durch eine Bündelung und Verzahnung bestehender Förderangebote und eine passgenaue Lücken- bzw. Spitzenfinanzierung erzielt werden. Energieeffiziente Erneuerung ist deshalb eine Querschnittsaufgabe in allen Städtebauförderungsprogrammen.

Der Freistaat Bayern ertüchtigt konsequent seinen eigenen Gebäudebestand. Wir fördern zielgerichtet kommunale und private Maßnahmen. Wir wirken engagiert an der Gesetzgebung des Bundes und der Europäischen Union mit. Und wir leisten eine breit gefächerte Informations- und Öffentlichkeitsarbeit. Den Aufbruch in ein neues Energiezeitalter kann der Staat dennoch nicht allein bewältigen. Wir brauchen dazu ein Zusammenwirken aller Kräfte. Nur im konstruktiven Miteinander aller am Planen und Bauen beteiligten Akteure lassen sich die Herausforderungen unserer Zeit bewältigen.

An diesem engagierten Miteinander müssen wir festhalten – Bauherren, Bauwirtschaft, Planer, Kommunen und Freistaat.

JOACHIM HERRMANN, MdL
BAYERISCHER STAATSMINISTER
DES INNERN

IMPRESSUM: Herausgeber: Wirtschaftsbeirat der Union e.V., Odeonsplatz 14, 80539 München, Tel. 089-2422860, Fax: 089-291518, www.wbu.de, **Vi.S.d.P.:** Dr. Jürgen Hofmann, **Redaktionsschluss:** 08.05.2012, **Produktion:** Weltbuch Verlag GmbH, www.weltbuch.com

Johann Gg. Zölls

- **Snackautomaten**
- **Fotoautomaten**
- **Getränkeautomaten**
- **Kaffeemaschinen**

Kapell-Leite 2
90579 Langenzenn
Tel. 09101/909390

www.zoells.de

WIRTSCHAFT AUSSER KONTROLLE

Das prägnanteste und schonungsloseste Werk über die globale Wirtschaft im 21. Jahrhundert, nun auch in Deutsch!

Einführungspreis für Online-Vorbestellung unter www.weltbuch.com/planung bis 30.6. **14,90 €***
Hardcover gebunden, 21,5 x 14 cm, ca. 288 Seiten, *ab 01.07.: 16,90 €
ISBN: 978-3-938706-38-1, Erscheinung: Juli 2012

Dr. Roberts war 1981 Minister und Berater unter US-Präsident Ronald Reagan und wird als »Father of Reaganomics« bezeichnet. Er ist Mitherausgeber und Kolumnist des Wall Street Journal und Kolumnist bei Business Week, Scripps Howard News Service und Creators Syndicate gewesen. Dr. Roberts ist Vorsitzender des renommierten »Institute for Political Economy«.

Editorial



Sehr geehrte, liebe Mitglieder des Wirtschaftsbeirats Bayern,

wenigstens einmal im Jahr sollte man nach Brüssel reisen, um

sich unmittelbar vor Ort einen Eindruck davon zu verschaffen, wie in den europäischen Institutionen gearbeitet und wie europäische Politik durch Kommission, Europaparlament und Rat gestaltet wird. Der Mittelstandsausschuss des Wirtschaftsbeirats unter Thorsten Sponholz hat diesen Ratschlag eines europäerfahrenen Teilnehmers beherzigt und auf Einladung des Forums Brüssel von MdEP Dr. Angelika Niebler am 8./9. Mai die belgische Hauptstadt mit einer fast 40-köpfigen Delegation besucht.

In einem 24-stündigen „Parforceritt“ ergaben sich vielfältige Gelegenheiten zu einem intensiven Meinungsaustausch über wirtschafts-, währungs- und energiepolitische Fragen mit Vertretern des Europaparlaments, der Kommission, des Rats und der Bayerischen Vertretung. Neben Dr. Angelika Niebler standen uns MdEP Markus Ferber, Vorsitzender der CSU-Europagruppe, Prof. Dr. Martin Selmayr, Kabinettschef von Viviane Reding, Michael Hager, Mitglied im Kabinett von Günther Oettinger, Dr. Kerstin Korthals, Abteilungsleiterin Finanzpolitik an der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik Deutschland in Brüssel, Udo von Kampen, ZDF-Studioleiter Brüssel, und Dr. Angelika Schlunck, Leiterin der Bayerischen Vertretung, als Gesprächspartner zur Verfügung.

Der Zeitpunkt der Reise hätte kaum aktueller gewählt sein können: Am vorangegangenen Sonntag hatten die Wahlen in Frankreich und Griechenland stattgefunden. Es war klar: Die Präsidentschaft von Nicolas Sarkozy war nach einer Amtszeit zu Ende, Francois Hollande würde neuer französischer Präsident sein. In Griechenland hatte die Koalition der beiden großen Parteien Nea Dimokratia und PASOK keine Mehrheit mehr erhalten, eine schwierige Regierungsneubildung zeichnete sich ab. Der Schwerpunkt der Vorträge und Diskussionen kreiste deshalb auch um die Fragen: Was würde dies für das deutsch-französische Verhältnis bedeuten? Wie könne man Hollande bei seiner Forderung nach einer

Wachstumsinitiative entgegenkommen, ohne den Fiskalpakt zu gefährden? Was wäre, wenn eine neue griechische Regierung die Sparverpflichtungen aufkündigen würde? Den Antworten auf die letzte Frage war zu entnehmen, dass dies das Ende der Hilfsaktionen bedeuten würde und Hellas dann wohl aus der Eurozone ausscheiden würde.

Brüsselreisen bestätigen nach meiner Erfahrung immer wieder drei Eindrücke: In Brüssel spielt längst ein Großteil der gesetzgeberischen Musik. Das lässt sich schon an der Größe, um nicht zu sagen, an der „Wucht“ der Gebäude im Parlamentsviertel ablesen. So muss beispielsweise auch die nationale Energiepolitik in den europäischen Rahmen eingebettet werden. Umso wichtiger ist es, frühzeitig auf das „Agendasetting“, auf Grünbücher, Weißbücher, Richtlinien und Verordnungen Einfluss zu nehmen. Sehr aufschlussreich waren deshalb am zweiten Tag unserer Delegationsreise auch die Ausführungen von Andrea Gehler, Leiterin des Europa-Büros der Bayerischen Kommunen, Andreas Sauer, Leiter Corporate and Governmental Affairs, BMW Group, und York Tetzlaff, Leiter des Verbindungsbüros Brüssel der vbw, wie Unternehmen, Verbände und Kommunen ihre Interessen im Sinne eines wohlverstandenen Lobbyings wahrnehmen.

Zum Teil geschieht in Brüssel sehr viel mehr, als wir dies bei uns zu Hause im Allgemeinen wahrnehmen. Das gilt beispielsweise für die bessere Regulierung der Finanzmärkte, die sich nicht nur auf Basel III, d.h. auf eine stärkere Eigenkapitalunterlegung beschränkt, wie viele kritisieren, sondern zahlreiche weitere Tatbestände umfasst, angefangen bei der Finanzaufsicht bis hin zu den Ratingagenturen.

Nicht zuletzt: Europapolitik wird in aller Regel nicht von Bürokraten gemacht, die von Tuten und Blasen keine Ahnung haben, sondern von kompetentem „Personal“. Freilich werden Kommission, Rat und Parlament immer wieder vor die Herausforderung gestellt, Kompromisse zu schließen, die die Anliegen von 27 Mitgliedstaaten angemessen widerspiegeln. Auch wir gehören dazu.

Im Namen aller Teilnehmer danken Thorsten Sponholz und ich Dr. Angelika Niebler und ihrem Stellvertreter, Christian Forstner, auch an dieser Stelle noch einmal sehr herzlich für die Organisation des attraktiven Dialogprogramms und den reibungslosen Ablauf vor Ort. Wir hoffen auf eine Wiederholung im nächsten Jahr.

Herzlichst
Ihr
Jürgen Hofmann

Wir begrüßen unsere neuen Mitglieder

- CGC Consulting GmbH, Claus Goworr, München
- Christine Joder, Unternehmensberatung, Wasserburg
- Hans Josef Klessinger, Eching
- Kerstin Tschuck, Garching
- Hans Werner, München
- Dr. Christoph-Maximilian Zeitler, München
- Dr. med. Karl Flock, Weilheim

JA ZUR 3. STARTBAHN

FÜR EIN STARKES MÜNCHEN.

IHRE STIMME ZÄHLT!

WÄHLEN SIE! SONNTAG, 17. JUNI BÜRGERENTSCHEID

www.ja-zur-3.de

Expense Reduction Analysts

Expense Reduction Analysts ist spezialisiert auf die Senkung von Beschaffungskosten. In Deutschland betreuen wir mit knapp 100 Experten mehr als 500 mittelständische Unternehmen, Einrichtungen der öffentlichen Hand und gemeinnützige Organisationen. Durchschnittlich erzielen wir Einsparungen von knapp 20 Prozent.

Expense Reduction Analysts Bayern
Paul Aschenbrenner | Senior Partner
Färbergraben 4 | D-80331 München
Tel: 089-238 887 730
paschenbrenner@expensereduction.com
www.expensereduction.com

find extra profit

Industriestandort Bayern

Perspektiven in der Globalisierung



BERTRAM BROSSARDT

Der Wohlstand unseres Landes beruht auf der Exportstärke unserer Unternehmen. Diese Exportstärke ist industriegeprägt, denn von sämtlichen Exporten entfallen 85 Prozent und damit der Löwenanteil auf die Industrie. Bayerische Industriebetriebe verdienen mehr als jeden zweiten Euro im Ausland.

Trotz dieser hervorragenden Werte ist nicht alles eitel Sonnenschein. War Deutschland noch im vergangenen Jahrzehnt Exportweltmeister, so musste es sich im letzten Jahr zum zweiten Mal in Folge, hinter China und den USA, mit dem dritten Platz zufriedengeben.

Dies ist auch Folge der Schuldenkrise im Euroraum, wohin immer noch rund 60 Prozent der Exporte fließen. Es ist aber auch ein Hinweis auf massive globale Veränderungen.

Die Unternehmen müssen sich

- auf eine enorme Verschiebung der globalen Nachfrage und Produktion von den Industrieländern der nördlichen Hemisphäre in Richtung Schwellenländer und als Folge
- auf die Neuausrichtung ganzer Wertschöpfungsketten sowie auf mehr Wettbewerb durch das Auftreten neuer starker Konkurrenten aus anderen Ländern einstellen.
- Hinzu kommt die Volatilität, die zum Normalfall geworden ist. Die Konjunkturzyklen werden kürzer und tiefer.

Auf diese Herausforderungen müssen wir an unserem Wirtschaftsstandort Antworten fin-

den, damit unsere Unternehmen auch morgen noch weltweit ihre Chancen nutzen können. Nur wenn „Made in Germany / Made in Bavaria“ Exportschlager bleiben, lassen sich Wertschöpfung und damit Wachstum, Beschäftigung und Wohlstand sichern.

Diesen Prozess begleiten wir seit Jahren mit fundierten Analysen und Untersuchungen zu wichtigen Standortfragen.

DIE STÄRKEN DES INDUSTRIESTANDORTS BAYERN

Die Ergebnisse sind durchaus ermutigend. Sie zeigen, dass wir am Standort Deutschland und Bayern vieles richtig gemacht haben.

Deutschland und Bayern setzen – anders als andere – auf die Industrie als Leitsektor wirtschaftlicher Wertschöpfung.

- In Bayern lag der Anteil des Verarbeitenden Gewerbes im Jahr 2010 bei 23,2 Prozent, Tendenz steigend. Dies ist ein Spitzenwert: In den USA etwa macht die Industrie 17 Prozent der Wertschöpfung aus, in Großbritannien 18 Prozent, in Frankreich nur 13 Prozent.
- Wer jedoch die wirkliche Leistungskraft der Industrie in den Blick nehmen will, der rechnet die im Verbund mit der Produktion erbrachten Dienstleistungen mit ein. In Bayern stand der Industrie-Dienstleistungs-Verbund im Jahr 2010 für ein Drittel der gesamten Wertschöpfung.
- Mit diesem Wertschöpfungsanteil des Industrie-Dienstleistungs-Verbundes hat es in den vergangenen 15 Jahren keine Deindustrialisierung gegeben. Tertiarisierung hat also nicht auf Kosten der Industrie stattgefunden.

Das ist so, weil die Unternehmen einen Strukturwandel hin zur hybriden Wirtschaft umsetzen. Dieser Wandel ist kundengetrieben, denn der Trend geht zu individualisierten Problemlösungsangeboten, die aus einer intelligenten Verknüpfung von industriellem Produkt und Dienstleistung bestehen.

Kunden kaufen also

- keine Kompressoren, sondern Druckluft;
- sie kaufen Wärme, nicht Heizungssysteme;
- sie kaufen mehr Mobilität und weniger Autos.

Industrielle Wertschöpfung der Zukunft

heißt, Produktion und Dienstleistung klug zu kombinieren – im Verbund mit anderen, aber auch in innerbetrieblichen Wertschöpfungsketten. Dieser Trend geht unaufhaltsam voran:

- Immerhin können in Bayern schon 16 Prozent der Unternehmen als hybrid bezeichnet werden.
- Wir erwarten, dass sich dieser Prozentsatz in den nächsten fünf Jahren in Bayern auf bis zu 25 Prozent steigert. Denn viele Industriebetriebe wollen ihr zusätzliches Dienstleistungsangebot in den nächsten fünf Jahren ausbauen.

Das ist sinnvoll und notwendig. Denn hybride Unternehmen sind überdurchschnittlich erfolgreich. Sie zeichnen sich durch ihre überdurchschnittliche Leistungskraft bei den Faktoren aus, die wir als entscheidend für den Erfolg eines Unternehmens identifiziert haben:

- Sie sind besonders innovativ.
- Sie weisen eine besondere Intensität bei Forschung und Entwicklung (F+E) auf.
- Sie sind besonders stark internationalisiert.

Was für das einzelne hybride Unternehmen gilt, gilt auch für die bayerische Industrie ganz allgemein: Die bayerische Industrie setzt auf die Erfolgsfaktoren Innovation, F&E und Internationalisierung.

Was die Zahlen für „Forschung und Entwicklung“ und „Innovation“ anbelangt, so sind diese beeindruckend:

- Bayerische Unternehmen haben im Jahr 2010 12,2 Milliarden Euro in F+E investiert. Insgesamt lagen die F+E-Ausgaben bei rund drei Prozent des BIP.
- In Bayern wurden im Jahr 2010 im Schnitt 104 Patentanmeldungen pro 100.000 Einwohner getätigt – fast doppelt so viele wie im Bundesschnitt. Drei von zehn deutschen Patentanmeldungen kommen aus Bayern.
- Bayern ist Hightech: Hightech steht hier für zwei Drittel des industriellen Umsatzes und für mehr als die Hälfte aller Industriebeschäftigten.

Eine ähnlich gute Performance weist Bayern bei der „Internationalisierung“ auf:

- Unsere Unternehmen produzieren, was am Weltmarkt, gerade in den boomenden Schwellenländern, gefragt ist. So stieg der Anteil der BRIC-Staaten an den bayerischen Exporten von 2000 bis 2011 von 4,2 auf 13,5 Prozent. >> Seite 5

- Sie setzen dabei auf die Megatrends der Zukunft wie
 - Mobilität,
 - die globale Urbanisierung, die einen wachsenden Infrastrukturbedarf nach sich zieht, und
 - die weltweite Technologisierung des Alltags.

Gerade unsere Industrie bietet für die Herausforderungen, die sich hinter diesen globalen Megatrends verbergen, Lösungen an. Deshalb hat unsere Industrie Zukunft. Denn das Produktportfolio unserer Industriebetriebe passt zur weltweiten Nachfrage.

HERAUSFORDERUNGEN FÜR DEN INDUSTRIESTANDORT BAYERN

Besonders sticht hervor, dass Bayern gerade in den forschungsintensiven Branchen wie der Medizin-, Mess-, Steuer- und Regelungstechnik oder dem Straßenfahrzeugbau seine weltweite Position ausbauen konnte. Dies zeigt: Wenn wir als Industrie- und damit auch als Produktionsstandort stark bleiben wollen, müssen wir unsere Forschungsintensität weiter erhöhen.

Denn als Hochlohnstandort werden wir nur konkurrenzfähig bleiben, wenn unsere Produkte umso viel besser sind, wie sie teurer sind. Dies ist angesichts der rasanten Geschwindigkeit, mit der Konkurrenten aus den Schwellenländern unseren Technologievorsprung aufholen, eine gewaltige Herausforderung.

Angesichts dieser Wettbewerbssituation brauchen wir Rahmenbedingungen für eine rentable Wertschöpfung und zugleich eine politische Flankierung, um die genannten Erfolgsfaktoren Innovation, F&E und Internationalisierung zu stärken.

Bezogen auf die Förderung der Erfolgsfaktoren heißt dies im Einzelnen:

- Wir brauchen Unterstützung beim effizienten Wissens- und Technologietransfer zwischen Unternehmen und Hochschulen.
- Wir müssen den Industrie-Dienstleistungs-Verbund stärken, denn hier liegt die Zukunft der Wertschöpfung. Hier geht es um Wissensaustausch, Ausbau von Netzwerken, aber auch gesetzliche Rahmenbedingungen, die auf das Modell der hybr-

riden Wertschöpfung abgestimmt sind.

- Bayern braucht eine Infrastruktur, die die Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft unterstützt. Sie muss modern, leistungsfähig, bedarfs- und umweltgerecht, preiswürdig sowie demografiefest sein. Dies betrifft den Ausbau der Energienetze, der Verkehrsinfrastruktur einschließlich der Bedingungen für die stärkere Nutzung von Elektromobilität, den Ausbau der Breitbandnetze, aber selbstverständlich auch die soziale Infrastruktur.
- Und wir brauchen eine Außenwirtschaftspolitik, die sich an den geografischen Veränderungen neu ausrichtet und die Interessen unserer Unternehmen bei der Erschließung neuer Märkte und der Sicherung der Rohstoffversorgung politisch flankiert.

Gelingt es, hier Impulse zu setzen, ist mir auch in einer globalisierten Welt um die Zukunft des Industriestandortes Bayern nicht bange.

BERTRAM BROSSARDT
Hauptgeschäftsführer vbw – Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft e. V.

Terminvorschau

13. Juni, München

Ausschuss für Energiepolitik: „Ein Jahr Energiewende – Wo stehen wir?“ Dr. Siegfried Balleis, Oberbürgermeister der Stadt Erlangen und Vorsitzender des Arbeitskreises „Energiewende“ der CSU; Thomas Barth, Vorsitzender des Vorstandes der E.ON Bayern AG; Prof. Dr.-Ing. Josef Neiß, Abteilungsleiter Energie, Bayerisches Staatsministerium für Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie; Robert Götz, Leiter der Bayerischen Energieagentur Energie Innovativ (EI)

14.-15. Juni, Lichtenwalde (bei Chemnitz)

Ausschuss für Mittelstandspolitik, Bayerisch-Sächsische Unternehmertage: „Innovationspolitik für den Mittelstand“ Prof. Dr. Josef Nassauer, Geschäftsführer Bayern Innovativ, Nürnberg; Dr. Steffen Tobisch, Landessprecher Sachsen Verband Innovativer Unternehmen; Jens-Uwe Meyer, Buchautor und Geschäftsführer Die Ideologen – Gesellschaft für neue Ideen mbH; Frank Heidan, MdL, Wirtschaftspolitischer Sprecher, CDU-Fraktion im Sächsischen Landtag; Markus Blume, MdL, Vorsitzender der CSU Wirtschaftskommission

20. Juni, München

Arbeitskreis Kirchen: „Auch unter Wettbe-

werbsbedingungen des Marktes: Glücksmöglichkeiten des Menschen heute“, Prof. Dr. Johannes Wallacher, Präsident der Hochschule für Philosophie der Jesuiten

28. Juni, Passau

Bezirke Berchtesgadener Land/Traunstein, Inn/Salzach und Passau: Sommerempfang der ostbayerischen Bezirke

2. Juli, Nürnberg

Bezirk Mittelfranken: Besuch der „Dürer-Ausstellung“

3. Juli, München

Ausschuss für Verkehrspolitik: Dr. Georg Pachta-Reyhofen, Vorstand MAN SE

12. Juli, München

Ausschuss für Medienpolitik: Prof. Dieter Kempf, Vorsitzender des Vorstands der DATEV

13. Juli, Ofterschwang/Allgäu

Ausschuss für Tourismus: „Fachkräftemangel im Tourismus – Die neue Allgäu GmbH auf modernen Wegen der Ausbildungsförderung und -qualifizierung“

17. Juli, Burghausen

Bezirk Inn/Salzach

18. Juli, München

Ausschuss für Dienstleistungen: Markus Sackmann, MdL, Staatssekretär im Bayerischen Staatsministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familie und Frauen; Prof. Dr. Thomas Dommermuth, Fakultät Betriebswirtschaft, Hochschule Amberg-Weiden; Dr. Fritz Kempfer, Präsident des Verbands Freier Berufe in Bayern e.V.; „Altersvorsorge für Freie Berufe“

24. Juli, Bamberg

Bayerischer Wirtschaftstag

26. Juli, München

Ausschuss Finanzmärkte: Dr. Elke König, Präsidentin der BaFin Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht

16. September, München

Bezirk München: Mittelstandspolitischer Frühschoppen

11.-14. Oktober, Budweis und Prachatitz

Bezirk Passau: Passauer-Herbst-Reise „Das sind böhmische Dörfer für mich – Unbekanntes Südböhmen“

15. November, München

Generalversammlung

Aus den Ausschüssen, Arbeitskreisen und Bezirken

12. April – Bezirk Lindau



„Fünf Jahre Finanzkrise – die richtigen Lehren ziehen“, Referent: Prof. Dr. h.c. Stephan Götzl (mi.), Vizepräsident des Wirtschaftsbeirates Bayern, Vorstandsvorsitzender und Verbandspräsident des Genossenschaftsverbandes Bayern.

16. April – Bezirk Regensburg



„Netzzusammenbruch – Eine reale Gefahr bei der Energiewende?“, Referenten: Wolfgang Tauber (2.v.l.), Leiter der Netzfürung der E.ON Bayern AG; Christoph Henzel (2.v.r.), Mitglied der Geschäftsleitung E.ON Bayern AG.

17. April – Ausschuss Steuer- und Finanzpolitik



„ESM und Target 2 – gefährden die Rettungsschirme das deutsche Volksvermögen?“, Referenten: Rolf von Hohenhau (2.v.re.), Präsident des Bundes der Steuerzahler in Europa (TAE); Dr. Ingo Friedrich (2.v.li.), Präsident des Europäischen Wirtschaftssenats.

18. April – Ausschuss Verkehrspolitik



„Warum wir die 3. Start- und Landebahn am Flughafen München brauchen!“, Referent: Thomas Klühr (mi.), Mitglied des Lufthansa Passagevorstandes München & Direct Services.

20. April – Bezirk Hochfranken



„Die aktuelle Situation der deutschen Flughäfen und ihre Perspektiven für die Zukunft!“, Referent: Dr. Michael Kerkloh (mi.), Vorsitzender der Geschäftsführung Flughafen München GmbH.

20. April – Bezirk Ansbach/Westmittelfranken



„Die wirtschaftliche, soziale und ökologische Moderne“, Referent: Ole von Beust (2.v.li.), Erster Bürgermeister a.D. der Freien Hansestadt Hamburg.

23. April – Bezirk München



„Bahnknoten München – Handlungsbedarf, Optionen und Weichenstellungen“, Referenten: v.l.n.r.: Klaus-Dieter Josel, Konzernbevollmächtigter für den Freistaat Bayern Deutsche Bahn AG; Dr. Wolfgang Beyer, Münchner Forum; Josef Schmid, StR Vorsitzender der CSU Stadtratsfraktion; nicht auf dem Foto: Markus Blume, MdL Vorsitzender der CSU-Wirtschaftskommission.

24. April – AG Grüne Gentechnik



„Vertreibt die Politik die forschende Industrie aus Deutschland?“, Referent: Dr. Stefan Marcinowski (mi.), Mitglied des Vorstands der BASF SE.

26. April – Bezirk Jurakreis

Verabschiedung von Dr. Hans Huber (mi.),

der den Vorsitz des Bezirks Jurakreis an Gerd Ortner (re.) übergeben hat.



Quelle: „Neumarkter Tagblatt“

27. April – Ausschuss für Energie- und Rohstoffpolitik



„Erneuerbare – quo vadis? Fördern wir das Richtige richtig?“, Referent: Staatssekretär Stefan Kapferer, Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie.

29. April – Bezirk Bamberg



„Dauerkrise oder Licht am Ende des Tunnels? Aktuelle Fragen der Finanz- und Währungspolitik“, Referent: Hartmut Koschyk (2.v.li.), MdB Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister der Finanzen.

8. Mai – Junges Unternehmen



„Informationsbesuch zur aktuellen Entwicklung am Flughafen München“ – gemeinsame Veranstaltung der Jungen Unternehmer und des Ausschusses Tourismus.

8./9. Mai – Forum Brüssel und Ausschuss Mittelstandspolitik



Teilnehmer am „Europapolitisches Dialogprogramm“ vor dem Europaparlament.